

Steuersenkungsbremse für die Reichen

Wir brauchen keine „Schuldenbremse“, wir brauchen eine „Steuersenkungsbremse“ für die Reichen, für die großen Unternehmen, für die Hoteliers, sprich für die Klientel der Regierungsparteien. Dafür setzt sich DIE LINKE ohne Wenn und Aber ein.

Die Haushaltsschieflage auf allen Ebenen ist das Ergebnis von politisch gewollten Einnahmeausfällen.

Zum Umsteuern brauchen wir eine Millionärssteuer, eine sozial gerechte Erbschaftssteuer und die Rücknahme der Steuergeschenke

für die großen Unternehmen. Die Finanzkrise, in die auch die Landesbank verstrickt ist, hat uns ca. 8.000 Euro pro Einwohnerin und Einwohner gekostet. Das Geld verschwand in den Rettungspaketen für die Banken.

Wir wollen durch eine Finanztransaktionssteuer, durch eine Bankenabgabe nach US-amerikanischen Vorbild, sowie durch eine Boni-Steuer die Verantwortlichen der Krise in die Verantwortung nehmen.

Steuerfahndung stärken

In Schleswig-Holstein wollen wir die Steuerverwaltung und -fahndung mit deutlich mehr Personal ausstatten.

Jeder Beamte in der Steuerfahndung erzielte im Jahr 2009 455.007 Euro und jeder Betriebsprüfer 923.953 Euro an Steuermehreinnahmen.

Steuerfahndung und Betriebsprüfung sind wichtige Stell-schrauben, um die Haushaltsaufkommen zu justieren. Im Durchschnitt werden in Schleswig-Holstein Großunternehmen nur alle 5 Jahre, Mittelbetriebe alle 10 Jahre, Kleinunternehmen alle 20 Jahre und Kleinstunternehmen alle 70 Jahre geprüft. Eine funktionierende Steuerfahndung ist Ausweis einer praktizierten Steuergerechtigkeit im Lande. Die Personaleinsparungen des Landes in diesem Bereich führen auf direktem Weg zu weniger Steuereinnahmen. Dies bedeutet

auch eine deutliche Zunahme der ungerechten Steuerbelastung zu Lasten der Arbeitenden und zu Gunsten der Vermögenden.

Abbau der Schulden

Mit den Stimmen aller anderen Landtagsparteien wurde die so genannte „Schuldenbremse“ in die Landesverfassung geschrieben. Das Land soll bis 2020 jedes Jahr zusätzlich 131 Millionen Euro „einsparen“, das heißt konkret:

Im Haushalt kürzen. Mit dieser Verfassungsänderung feiern sich die anderen Parteien als Realisten, die die Staatsverschuldung in den Griff bekommen wollen.

In der Realität geht es aber nur darum, die strukturelle Neuverschuldung bis zum Jahr 2020 auf Null zu reduzieren. Das heißt ganz konkret: Die Schulden des Landes werden auch bei Einhaltung der „Schuldenbremse“ von derzeit über 26 Milliarden Euro auf dann 32 Milliarden Euro steigen. Und das nennen die etablierten Parteien „sparen“.

DIE LINKE will einen anderen Weg einschlagen, der mittel- und langfristig tatsächlich zu stabilen Haushalten und einer vernünftigen Investitionspolitik führt. DIE LINKE fordert eine vernünftige Bildungs- und Wirtschaftspolitik und eine Erhöhung der Steuereinnahmen des Landes.

Altschuldentilgungsfonds

Wir wollen die Schulden aus dem Landeshaushalt in einen Altschuldentilgungsfonds auslagern. Die Zinsen und die Tilgung dieser Altschulden müssen gesondert gewährleistet werden. Zur Finanzierung schlagen wir einen Lastenausgleich nach dem Vorbild des historischen Lastenausgleichs vor.

Dieser war die Voraussetzung für eine lang anhaltende Phase des Wohlstandszuwachses für die gesamte Bevölkerung und einen Abbau der Verschuldung nach dem Zweiten Weltkrieg.

DIE LINKE.

Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag

V.i.S.d.P.: Ramona Hall c/o

DIE LINKE, Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Düsternbrooker Weg 70 | 24105 Kiel

Tel.: 0431-9881600 | info@linke.ltsh.de | www.linksfraktion-sh.de

Finanzkrise und Haushaltspolitik in Schleswig-Holstein

DIE LINKE.
Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag



Schuldenbremse kürzt Zukunft

Liebe Leserinnen und Leser,

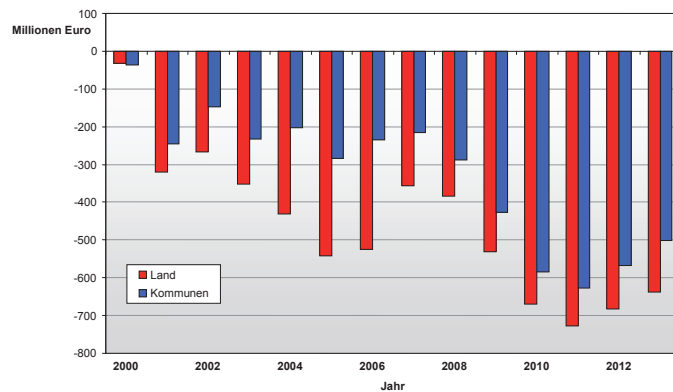
DIE LINKE steht für eine Finanzpolitik, die den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt und die Kommune als unmittelbaren Lebensraum stärkt. In wichtige Zukunftsfelder, wie zum Beispiel die Bildung, muss investiert werden, um langfristig unnötige Folgekosten zu vermeiden. Insgesamt fordert DIE LINKE eine deutliche Verbesserung der Einnahmenseite und eine konsequent soziale Ausrichtung auf der Ausgabenseite.



Das Bündnis **Gerecht geht anders** wirft der Landesregierung am 18.11.2010 ihr „Sparpaket“ vor die Tür.

Die hohen Defizite des Landes sind das Ergebnis einer maßlosen Steuersenkungspolitik seit 2000. Durch diese Steuergeschenke an große Unternehmen und Reiche hat Schleswig-Holstein ein strukturelles Defizit in Milliardenhöhe. Ohne die Steuersenkungen wären in einem konjunkturell durchschnittlichen Jahr Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Die massiven Steuerausfälle sind durch Kredite ersetzt worden und so ist die Verschuldung des Landes stark angestiegen.

Einnahmeverluste in Schleswig-Holstein durch Steuersenkungen seit 2000



Die Steuereinnahmen des Landes konnten mit der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaft nicht Schritt halten. Dahinter steht eine Politik der Schwächung des Gemeinwesens, die das Land in die Irre führt. Die öffentliche Hand spielt auch wirtschaftlich als Arbeitgeber für Angestellte und Beamte, als

Käufer von Infrastruktur aller Art und als Kreditnehmer bei Vermögensanlagen eine bedeutende Rolle. Deshalb muss der Staat solide finanziert sein. Vor allem müssten die Haushalte im Wirtschaftsaufschwung schwarze Zahlen schreiben. Davon kann nicht die Rede sein. Die Landesregierung benutzt die Schuldenbremse, um die Entwicklung Schleswig-Holsteins abzuwürgen. Den Kommunen werden Investitionen untersagt. Rechtsansprüche der Bevölkerung sind kaum mehr zu erfüllen. Pflichtaufgaben können nur noch grenzwertig gewährleistet werden. Die Schuldenbremse durch Kürzungen einhalten zu wollen, heißt aufhören Staat zu machen.

Nicht die Bevölkerung lebt über ihre Verhältnisse, es sind die Banken, die jahrelang Boni und Profite ausgeschüttet haben, die über ihre Verhältnisse gelebt haben. Und das auf Kosten der Allgemeinheit.

Durch die einseitige Ausrichtung der Finanzpolitik auf die Senkung der Ausgaben im Landshaushalt wird weder der Schuldenberg abgebaut, noch eine sozial gerechte Zukunft ermöglicht. Ausgabenkürzungen gehen vor allem zu Lasten der Gering- und Normalverdienenden und schwächen die Finanzkraft des Landes. Wenn im Land über 5.000 Stellen gekürzt werden sollen, dann heißt das für über 5.000 Jugendliche, dass diese Stellen für ihre Berufswahl nicht mehr zur Verfügung stehen. Letztlich führt diese einseitige Finanzpolitik zum Ausverkauf des Landes und zu mehr Schulden in der Zukunft. Im jetzigen Landshaushalt sind die Investitionen für die Infrastruktur drastisch reduziert worden.

Zukunft braucht Investitionen

Ein lebenswertes Schleswig-Holstein braucht eine gute Infrastruktur, einen gut ausgebauten Öffentlichen Nahverkehr, schienengebundene Verkehrssysteme und nicht zuletzt auch staatliche Investitionen im Rahmen der nötigen Energiewende. Vor allem im Bereich der Bildung planen alle anderen Landtagsparteien Einsparungen. Die einen mehr,



die anderen weniger. Dabei ist Bildung DIE INVESTITION IN DIE ZUKUNFT.

Jeder Euro, der in eine gute Bildung gesteckt wird, zahlt sich aus, die volkswirtschaftliche Rendite liegt bei 8 Prozent: Investitionen in die Bildung, in die Kindertagesbetreuung, in die Schulen, in die berufliche Bildung und in die Universitäten rechnen sich also. Deshalb sind die Kürzungen der Landesregierung im Bereich der Bildung, auch bei der Schülerbeförderung, nicht nur sozial ungerecht, sie sind ökonomisch völlig widersinnig und produzieren unnötige Folgekosten in den nächsten Jahrzehnten.

Ohne ausreichende Investitionen in allen diesen Bereichen wird Schleswig-Holstein zum wirtschaftlichen Schlusslicht der Bundesrepublik. Die Folgen sind geringere Steuereinnahmen und erneute Kürzungswellen. Der Weg in die Abwärts Spirale ist vorgezeichnet.

Aus diesen Gründen hat sich DIE LINKE als einzige Landtagsfraktion gegen die sogenannte „Schuldenbremse“ und gegen die Kürzungspolitik ausgesprochen. Die Kürzungen von heute führen zu zusätzlichen Ausgaben von morgen. Die Entwicklung der Verschuldung des Landes Schleswig-Holstein zeigt, dass diese nicht das Ergebnis zu hoher Staatsausgaben ist. Die Verschuldung ist das Ergebnis fehlender Staatseinnahmen.

Schon jetzt hat Schleswig-Holstein die wenigsten Staatsbediensteten pro tausend Einwohner im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Und trotzdem sollen knapp 10 Prozent der Stellen im Landesdienst wegfallen. Dadurch wird das Land zunehmend handlungsunfähig.

Bruttoinlandsprodukt (rot) und Steuereinnahmen (schwarz) in Schleswig-Holstein (in Mio. Euro)

